



Genau rechnen müssen die Gemeinden im Land, aber auch die Menschen in Baden-Württemberg achten mehr aufs Geld.

Foto: Monika Skolimowska/dpa

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen
Heute: Die finanzielle Lage im Land und bei den Bürgern

Wo investieren, wo sparen?

STUTTGART.

VON ULRIKE TRAMPUS

Ludwigsburg wurde jüngst bescheinigt, quasi insolvent zu sein, auch die meisten anderen Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg kämpfen mit finanziellen Schwierigkeiten. Hier vor Ort spiegelt sich, was die Menschen in Baden-Württemberg auch auf Landesebene wahrnehmen: Die finanzielle Lage spitzt sich zu.

Nach der jüngsten Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach in der Reihe BaWü-Check bewerten 54 Prozent der Menschen die Finanzsituation des Landes als nicht gut. Nur jeder Dritte glaubt, dass sie noch komfortabel ist. Dabei sehen die De-

moskopen, die die repräsentative Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen im Februar durchführten, einen Zusammenhang mit der eigenen wirtschaftlichen Lage der Befragten. Wer seine eigenen Finanzen als eher mäßig beurteilt, sieht es auch um die des Landes schlecht bestellt.

Doch woran könnte gespart werden? Danach befragt, nennt die Mehrheit drei Vorschläge: beim Ausbau von Radwegen, der Unterstützung von Sportvereinen und der Förderung von Kultureinrichtungen. Mehr Geld hingegen sollte für Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen und die Schulausstattung ausgegeben werden. Davon sind über 90 Prozent über-



• Meinungsumfrage

Was treibt die Menschen im Südwesten um? Das wollen die Tageszeitungen aus Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, wissen und arbeiten mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen.

zeugt. Jeweils über 80 Prozent wollen mehr Geld in Kindergärten und Kitas, in die Polizei und den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken stecken.

Nach Sparprojekten direkt vor Ort gefragt, könnten sich 35 Prozent vorstellen, dass Großveranstaltungen abgesagt werden oder Ämter und Behörden ihre Öffnungszeiten einschränken (33 Prozent). Würde dies allerdings bei der Kinderbetreuung der Fall sein, könnten sich nur sieben Prozent damit anfreunden. Müsstest Schwimmbäder geschlossen werden, wäre das nur für zehn Prozent der Befragten akzeptabel, und auch am öffentlichen Nahverkehr sollte eher nicht gespart werden.

Dass die Kommunalpolitik angesichts der angespannten Lage gute Entscheidungen trifft, bezweifelt eine große Mehrheit der Menschen im Land. 59 Prozent gaben an, hier wenig Vertrauen zu haben. 28 Prozent sprechen den lokalen Entscheidungsträgern hingegen ihr Vertrauen aus.

Wenn es darum geht, sich selbst einzuschränken, verzichten die Baden-Württemberger am ehesten auf Restaurantbesuche (60 Prozent). Über weniger Urlaub und Reisen denken 50 Prozent nach. Knapp jeder Zweite gibt weniger Geld für Kleidung und Freizeitaktivitäten aus. Auch die Energiekosten sind ein Thema: 42 Prozent achten aufs Heizen, 36 Prozent auf den Spritverbrauch.

Stimmungsbild

Besorgnis über die aktuelle Lage wächst

„Die Stimmung kippt“, bilanziert das Institut für Demoskopie Allensbach nach der neusten Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Immer mehr Menschen im Land sehen demnach den kommenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegen. Der Kreis der Optimisten schwindet merklich. Gaben vor einem halben Jahr noch 26 Prozent der Befragten an, sehr besorgt über die aktuelle Entwicklung zu sein, sind es nun mit 37 Prozent etwa zehn Prozent mehr, die sich verstärkt Sorgen machen. Weitere 25 Prozent sind außerdem eher skeptisch. Der Kreis der Optimisten hingegen ist in den vergangenen Monaten weiter geschrumpft – von 32 auf 28 Prozent. Nur im Jahr 2022 war die Stimmung noch schlechter als jetzt. Am zuversichtlichsten waren die Baden-Württemberger im März 2021. (tr)

62 %

der Menschen im Land sind der Ansicht, der **Landtag** von Baden-Württemberg könnte verkleinert werden, um Geld zu sparen. 60 Prozent meinen auch, dass es der **Landeskasse** helfen könnte, wenn **Ministerien** zusammengelegt würden.

45 %

der Befragten sehen Einsparpotenzial bei der **Verwaltung**. Sie schlagen vor, dass **Landkreise** oder kleinere Gemeinden zusammengelegt werden. Einen Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung halten 33 Prozent für eine sinnvolle Sparmaßnahme.

81 %

der Baden-Württemberger sind dafür, dass die **Polizei** besser ausgestattet werden muss. Vor drei Jahren waren es noch 77 Prozent. Die Demoskopien weisen in diesem Zusammenhang auf ein wachsendes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung hin.

50 %

der Menschen im Land sind dafür, die Ausgaben in bestimmten Bereichen zu erhöhen, auch wenn dies eine höhere Neuverschuldung bedeutet. 36 Prozent hingegen möchten, dass Baden-Württemberg keine zusätzlichen **Schulden** macht.

43 %

der Baden-Württemberger meinen, dass **Deutschland** seine besten Jahre hinter sich hat und der Zenit überschritten ist. 38 Prozent hingegen betrachten diese Einschätzung als zu pessimistisch. 19 Prozent trauen sich hier kein Urteil zu.



Ulrike Trampus
Chefredakteurin

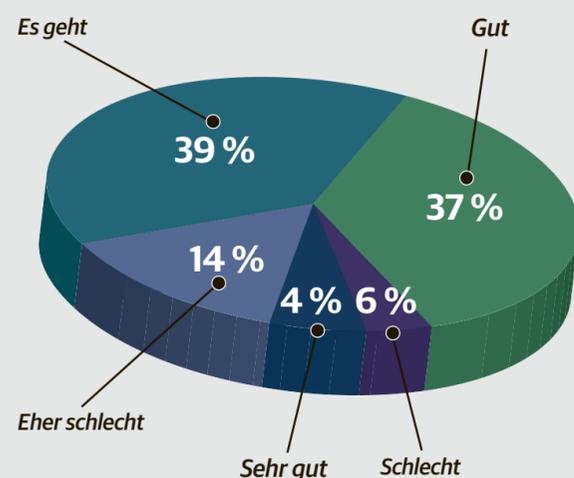
Wie prekär die finanzielle Lage in fast allen Gemeinden im Landkreis ist, darüber berichten wir regelmäßig. Selbst Kommunen, die bislang sehr gut aufgestellt waren, wie zum Beispiel Affalterbach, müssen den Gürtel enger schnallen. Was in den langen und vermeintlich langweiligen Haushaltsberatungen der Gemeinderäte beschlossen wird, ist aber alles andere als belanglos. Denn es wirkt sich ganz konkret vor Ort im Alltag aus.

Wo investieren, wo sparen?

Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage? (Angaben in Prozent)

Sparen	Mehr Geld ausgeben
7	93%
9	91
14	86
19	81
19	81
24	76
27	73
31	70
39	62
53	47
56	44
59%	41

Wie schätzen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage ein?



Quelle: Allensbacher Archiv/IFD-Umfrage 6184/IV. Grafik: LKZ/Hans-Peter Heeb